

## Deutscher Familienverband fordert: „Solidaritätsfonds Demografischer Wandel“ statt kurzfristiger Wahlgeschenke

Ein Jahr vor der Bundestagswahl sieht der Deutsche Familienverband mit großer Sorge, wie die Fraktionen sich in überflüssigen Scharmützeln zu Einzelmaßnahmen wie Abschaffung der Praxisgebühr, Großelternzeit oder Betreuungsgeld aufreihen. Nur ganz kurzzeitig aber werden die Renten- und Krankenkassen so hoch gepolstert sein.

Spätestens wenn die heute 50-jährigen in Rente gehen, sind alle Kassen leer und es wird zu wenige erwerbstätige Beitragszahler geben. „Was- oder wem also nützen vordergründige Wahlwerbegeschenke wie Reduzierungen der Rentenbeiträge, die ohnehin in Kürze zurückgenommen werden müssen,“ fragt die Vizepräsidentin des Deutschen Familienverbandes, Petra Windeck.

Der Deutsche Familienverband fordert überparteiliche Einsicht und schlägt als nachhaltige Demografiestrategie vor, alle jetzigen Überschüsse in einen „Solidaritätsfonds Demographischer Wandel“ mit bevölkerungspolitischer Wirkung zu geben. Aus diesem Fond sollten insbesondere den Kommunen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ausreichende und qualitativ angemessenen Kinderbetreuungsangebote, die von Bundespolitikern eingefordert werden, endlich sofort umsetzen und bezahlen können. Wenn wir auch in 25 oder 30 Jahren noch Geld zur Verfügung haben wollen, um altersarmen Menschen zu helfen, brauchen wir heute mehr Kinder und morgen mehr erwerbsfähige Beitragszahler. Ein „Solidaritätsfond Demographischer Wandel“ kann die Rahmenbedingungen für das Leben junger Familien mit Kindern deutlich verbessern. Alle Bevölkerungsgruppen und Generationen wollen, dass junge Menschen die Kinder bekommen, die sie sich persönlich wünschen, aber sich unter den jetzigen Lebensbedingungen für Familien mit mehreren Kindern offenbar in Deutschland oft nicht leisten können.

Die demografische Strategie der Bundesregierung setzt auch auf die Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für die Umsetzung der wirklich effizienten Maßnahmen in diesem Bereich müssen Staat und Arbeitgeber deutlich mehr Geld in die Hand nehmen. Hochglanzbroschüren, politische Bekenntnisse und Internetplattformen reichen nicht aus.

„Die heute erwerbstätigen Menschen in Deutschland zahlen Steuern sowie Renten- und Pflegebeiträge in hohem Maße. Sie brauchen weniger kurzfristige Beitragssenkungen als vielmehr die Zuversicht, dass es auch in ihrer Rentenzeit noch genügend Beitragszahler geben wird“, sagt Petra Windeck.

Der Deutsche Familienverband ist die größte parteiunabhängige, überkonfessionelle und mitgliedergetragene Interessenvertretung der Familien in Deutschland.